

## Beschleunigungsgesetz zur Planung von Stromtrassen

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und Konsorten haben nichts gelernt

5 Seit Mitte März<sup>1</sup> propagiert Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle eine noch-  
malige Beschleunigung bei der Planung von Trassen für Überlandleitungen für  
Stromkabel mit einer Spannung von 380 kV sogenannten Höchstspannungsleitun-  
gen. Er kommt seitdem mehrfach darauf zurück, jedes Mal verbunden mit dem  
Hinweis, dass für die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien diese ca. 3.600  
10 km neuer Trassen notwendig seien. Aber die Grünen weigerten sich beharrlich,  
diesen notwendigen Voraussetzungen zuzustimmen und sie verhinderten mit Bür-  
gerinitiativen, dass der Windstrom aus Norddeutschland zu den Verbrauchern in  
Süddeutschland transportiert werden könne. Brüderle wolle dafür ein Beschleuni-  
gungsgesetz vorlegen, meldet dann auch noch die taz, mit der die Gemeinden  
verpflichtet werden sollten, solche Trassen über ihr Gemeindegebiet zu gestatten.  
15 Dem schließen sich dann Interessenvertreter und Meinungsmacher an, wie z.B.  
Priol in der Kabarettssendung „Neues aus der Anstalt“<sup>2</sup>.

Diese Einlassung verwundert ein wenig, denn der Bundestag hat am 7. Mai 2009  
just ein solches Gesetz beschlossen. Darin steht als Anhang auch eine Liste mit  
24 Strecken des vordringlichen Bedarfs, die damit festgestellt sind. Allerdings fin-  
20 den sich darunter z.B. auch die Nr. 23 von Neckarwestheim nach Mühlhausen,  
die von 220 auf 380 kV aufgerüstet werden soll. Dies ist sicher keine Trasse zur  
Verteilung regenerativer Energien sondern von Atomstrom – eines inzwischen ab-  
geschalteten Atomkraftwerkes, von dem keiner mehr annimmt, dass es wieder ans  
Netz geht.

25 Die Hochspannungstrassen sind keine Holzpfähle mit Telefondrähten. Es sind rie-  
sige 60 Meter hohe und weit ausladenden Gittermasten, die über alle Wipfel,  
Hausdächer und die meisten Kirchtürme und Minarette auch stolzer zentraler Got-  
teshäuser, erst recht kleiner Dorfgotteshäuser hinausragen. Sie werden zu einem  
landschaftsbestimmenden Faktor. Schon heute findet man am Niederrhein in der  
30 Nähe der Braunkohlekraftwerke kaum einen Blick mehr in die Landschaft, der  
nicht durch diese Leitungstrassen beeinträchtigt wird. Unter und neben ihnen  
müssen breite Schneisen frei gehalten werden, auf denen nichts wachsen oder  
entstehen darf, was das freie Schwingen beeinträchtigen könnte. Unter ihnen und  
in ihrer Nähe gibt es durch ihr starkes Wechselstromfeld eine beträchtliche Zahl  
35 von Beeinträchtigungen in einer Welt, die von schwachen elektromagnetischen  
Übertragungstechniken nur so wimmelt (Handy, Autonavigation, Fernseh- und  
Rundfunk bis zu Herzschrittmachern) und die in der Nähe dieser Hochspannungs-  
leitungen nicht mehr zuverlässig funktionieren. In den Schneisen müssen Fahr-  
zeuge zum Aufbau, zur Versorgung, Pflege und Reparatur fahren können. So sieht  
40 das Gesetz auch vor, dass diese Hochspannungsleitungen nicht näher als 400 m  
an bebautes Gebiet und nicht näher als 200 m an Gebäude im Außenbereich her-  
anrücken dürfen. Wenn der Weg das unvermeidlich macht, müssen die Leitungen  
unter die Erde verlegt werden. Gleichzeitig ist eine Experimentierklausel in das  
Gesetz aufgenommen worden, das auch eine Verkabelung unter der Erde über  
45 längere Strecken in bestimmten Abschnitten vorsieht. Die sich daraus ergebenden  
Mehrkosten werden sehr feinsinnig auf alle Leitungsbetreiber verteilt. Nach einer  
Experimentierzeit von zwei Jahren sollen die Erfahrungen ausgewertet werden.  
Diese zwei Jahre sind in Kürze vorbei. Was sind also die Erfahrungen? Soll da-  
rauf nicht gewartet werden? Man hat den Eindruck wie bei Stuttgart 21, dass vor

---

<sup>1</sup> Am 17.3.2011 äußert er diesen Wunsch in einem Interview mit der Rheinischen Post. Darauf verweist auch die Homepage des Bundeswirtschaftsministeriums – so gelesen am 4.4.2011.

<sup>2</sup> Gesehen am 4.4.2011 auf dem Sender 3sat zwischen 20:15 und 21:00 Uhr

den Wahlen und vor dem Stresstest weitergebaut und Verträge abgeschlossen werden sollten. Da aber seit Jahrzehnten mit den verschiedenen Hochspannungsleitungstechniken Erfahrungen aus der Praxis vorliegen, könnte auch jetzt schon sehr viel mehr gebaut werden.

- 5 Bei der Schlichtung zu Stuttgart 21 sollte als Ergebnis gerade herausgekommen sein, dass die Bürger mehr in die Planung mit einbezogen werden. Jetzt streben Brüderle und Konsorten genau das Gegenteil an – sie wollen schnell über die Bedenken und Interessen der Bürger sich hinwegsetzen. Die Bürger werden als Vertreter der „Dagegen – Republik“ blamiert und versucht, sie medial zu isolieren.
- 10 Woher kommt nun eigentlich der Druck, diese Hochspannungsleitungen oberirdisch neu zu bauen oder vorhandene Trassen auf 360 kV aufzurüsten?
- Die Leitungsnetzbesitzer, bis vor kurzem hauptsächlich die bekannten großen Energiekonzerne REW, EnBW, e.on, Vattenfall, haben ihre Leitungsnetze vergammeln lassen. Das zeigte sich beim Schneechaos im Münsterland 2005 und umzu, als reihenweise die Strommasten zusammenbrachen<sup>3</sup>. Die Masten bestanden noch immer aus einem über die Zeit stark ermüdenden Stahl, der nach den vielen Jahren nur noch 60% seiner Tragfähigkeit besaß. Die Energiekonzerne hatten zwar die Kosten der Erneuerung abgeschrieben aber nicht reinvestiert sondern als Gewinn ausgeschüttet. Die reale Reinvestitionsquote von einst von über 2,5% vor 1995 sank auf unter 1% pro Jahr – was voraussetzt, dass die Stromverteilungstechnik jeweils über 100 Jahre unverändert und sicher bleibt. Dabei wandelt sie sich rasant, und alte Verteiltechniken werden schnell unsicher. Nun müssen sie neu investieren, weil die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist.
  - Die oberirdischen Freileitungen sind bei den Investitionskosten betriebswirtschaftlich deutlich billiger als die verschiedenen Techniken der Erdkabel. Aber sie sind im Betrieb und besonders volkswirtschaftlich deutlich teurer als die Erdleitungen. Insbesondere ist der Energieverlust der Freileitungen je Streckenkilometer sehr viel höher als der der Erdleitungen. Da die Bundesregierung, zu der Brüderle ja gehört, immer wieder als herausragendes Ziel ihrer Energiepolitik die Energieeffizienz benennt, ist es ganz unverständlich, weswegen auch ein Mitglied der Bundesregierung dieses volkswirtschaftliche Ziel den betriebswirtschaftlichen Zwecken der Stromkonzerne unterordnet – und dabei der propagierten Bürgerfreundlichkeit einen Bärendienst erweist. Außer Klientelpolitik fällt einem dazu kaum etwas ein.
  - Die Stromkonzerne investieren nicht mehr, weil sie ihre Gebietsmonopole verloren haben. Jetzt müssen sie konkurrieren und da sind die Gewinne nicht mehr so hoch. Einige Konzerne haben daraufhin ihre Leitungsnetze auch schon verkauft – d.h. die möglichen Gewinne der nächsten Jahre gleich kapitalisiert. Jetzt bietet der EU Kommissar Olli Rehn laut taz vom 20.3.2011 Staatsanleihen an, mit denen die Leitungen finanziert werden sollen. D.h. die Stromkonzerne können mit minimalem Eigenkapital und durch den Staat garantiertem billigstem Fremdkapital wieder riesige Eigenkapitalrenditen erwirtschaften. Die schönen Monopolgewinne von einst und als Gewinne ausgekehrten Abschreibungen brauchen sie nicht der schrecklichen Konkurrenz auszusetzen.

Fazit: Die hohen Herren unserer großen Stromkonzerne verhalten sich verantwortungslos, indem sie die Sicherheit der Stromverteilung aufs Spiel setzen. Sie

---

<sup>3</sup> Aber nicht nur dort sind die Leitungen umgeknickt und nicht nur die alten sondern auch neuere, selbst im Heimatland von Vattenfall, Schweden. Es gibt eine ganze Reihe von Wettersituationen, in denen Kabel- oder Mastbrüche entstehen können. Darüber hinaus gibt es Schaltprobleme, die durch mangelnde Investitionen in neuere Verteiltechniken hervorgerufen werden können. Sie haben z.B. im Jahr 2004 zum Zusammenbruch der Stromversorgung in einem weiten Bereich Luxemburgs, der Niederlande und Deutschland geführt – daran war auch einer der großen deutschen Energieversorger schuld.

- kommen ihrer Pflicht, die Netze instand zu halten, nicht nach. Der Staat bietet ihnen schon mit einem Sondergesetz besondere Investitionsbedingungen. Das reicht den Konzernen nicht. Die märchenhaften Gewinne reinvestieren sie nicht in ihr Geschäft. Daran sollen nun die Bürger schuld sein, die ablehnen Sonderopfer zu tragen, obwohl das gar nicht geboten ist, sondern gerade zu schädlich wäre.
- 5 Der Staat vernachlässigt seine Kontrollpflichten. Er bietet den Konzernen dann erneut Extraprofite an, damit sie das tun, was ihre Aufgabe ist, zu investieren. Jetzt wollen sie auch noch die Öffentlichkeit erpressen, dass es nicht auf die Energiesparendste Weise geschieht sondern auf die, die die meiste Energie verpulvert – dafür aber ihr Kapital spart und die laufenden Kosten für die Verbraucher hoch treibt. Die Bürger, die sich gegen diese Vergeudung der Ressourcen und Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen wehren, werden dann von Politikern wie Brüderle und willfährigen Medien in die Ecke gestellt, als verhinderten sie die Energiewende zu erneuerbaren Energien.
- 10
- 15 Wie die Privatisierung der Bahninfrastruktur zu keinen für die Öffentlichkeit guten Ergebnissen geführt hat, so dient auch die private Stromleitungsinfrastruktur nicht der Öffentlichkeit. Sie wird nur dauernd von den Stromkonzernen erpresst, ohne dadurch die preiswerte Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu bekommen, weil sie viel zu viel für die unglaublich hohen Gewinnansprüche der Energiekonzerne zahlen müssen.
- 20